

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Postzelle 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### An die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften!

Die in Köln aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften veranstaltete Kundgebung war ein machtvolles und weithin beachtetes Treuebekenntnis zu unseren Grundsätzen. Eine erfolgreiche gewerkschaftliche Auswertung der Kölner Tagung ist durch die inzwischen erfolgte Auflösung des Reichstages stark behindert. Ein Wahlkampf mit all seinen üblen Begleiterscheinungen steht uns bevor. Gemäß der parteipolitischen Neutralität der christlichen Gewerkschaften ist beim bevorstehenden Wahlkampf darauf zu achten, daß die Parteipolitik von allen gewerkschaftlichen Veranstaltungen ferngehalten wird. Es liegt aber andererseits im Wesen und im Programm unserer Bewegung, wenn unsere Mitglieder innerhalb der einzelnen Parteien darauf drängen, im kommenden Wahlkampf statt des Trennenden das Einigende in den Vordergrund zu stellen, und daß der Wahlkampf ohne Gehässigkeit und gegenseitige Verhöhnung geführt wird.

In übrigen wollen wir uns durch den Wahlkampf von der entschiedenen Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse nicht abbringen lassen. Es darf durch die Wahlbewegung nicht das Interesse für die Not und Sorgen verloren gehen, die insbesondere den Arbeiterstand bedrängen. Der Glaube, daß mit dem Stimmzettel zugleich auch alle sozialen und wirtschaftlichen Fragen gelöst werden können, hat sich als trügerisch erwiesen. Mehr denn je kommt es jetzt wieder auf die Selbsthilfe durch die Gewerkschaften an.

Ein Rückblick auf die verflochtenen 25 Jahre unserer gewerkschaftlichen Arbeit berechtigt zu der Feststellung, daß die seitherige Arbeit erfolgreich gewesen ist. Durch die Gewerkschaftsbewegung ist der Arbeiterstand auf staatlichem und gesellschaftlichem Gebiete die Gleichberechtigung und auf wirtschaftlichem Gebiete ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht erlangt worden.

Die gegenwärtige Lage stellt neue und vermehrte Aufgaben an uns. Die durch den ver-

lorenen Weltkrieg auf dem deutschen Volke ruhenden Lasten müssen eine gerechte Verteilung erfahren. Der Arbeiterstand darf nicht zum Lastträger für die anderen Volksschichten gemacht werden. Die Not der Arbeiterschaft ist heute ohnehin ungeheuer groß. Hunderttausende drückt bittere Arbeitslosigkeit. Das Lohninkommen steht in schreckendem Mißverhältnis zu Preisen, deren Höhe sich vielfach in keiner Weise rechtfertigt. Die Arbeitszeit hat in weitem Ausmaße unter dem Vorwand wirtschaftlicher Notwendigkeiten, besonders in der Schwerindustrie, eine Ausdehnung erfahren, die gesundheitlich untragbar, kulturell unhaltbar und zugleich unwirtschaftlich ist.

Die Kölner Tagung der christlichen Gewerkschaften hat u. a. gefordert: beschleunigte gerechte Regelung der Arbeitszeit, nachdrückliche Bekämpfung ungesunder Preispolitik, ausreichende Erhöhung der Löhne und bessere Regelung der Erwerbslosenfürsorge.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung bleibt ihren Grundsätzen treu. Sie behält im Bewußtsein ihrer Verantwortung die Pflicht des Dienstes am Gesamtwohl und wird nach wie vor diese ihre Pflicht erfüllen. Sie kämpft auch fürberhin mit allem Nachdruck für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit als der Voraussetzung nationaler Wiedergeburt.

Die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen ist ohne eine starke und finanzkräftige Gewerkschaftsbewegung nicht möglich. Deshalb fordern wir auf zu weiterer zielbewußter und tatkräftiger Arbeit unter der bewährten Führung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung: christlich und national!

**Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.**

nicht näher angeführt zu werden brauchen, an. Dagegen halte ich es für ganz selbstverständlich, daß in den Aufsichtsrat der Genossenschaft ein Verbandsangehöriger hineingewählt wird. Hier steht er als Aufsichtsratsmitglied über dem Vorstand und hat auch für seine Verbandsinteressen mehr Bewegungsfreiheit.

Nicht vorkommen darf es, daß der Verbandsangestellte, wie es an einem Orte geschehen, im Aufsichtsrat sitzt, nichts sagt, aber die Verbandsversammlung damit ausfüllt, daß er die Arbeitsverhältnisse in der Genossenschaft kritisiert. Derartige Zustände sollen und müssen vermieden werden. Es wird auch nicht allzuschwer sein, einen Weg zu finden, um unerquicklichen Auseinandersetzungen von vornherein den Boden zu entziehen. Unsere Satzungen sowie die Einstellung beider Organisationen zueinander bieten in genügendem Maße Sicherheiten, um dieses möglich zu machen. Daß die Zusammensetzung des Vorstandes und Aufsichtsrates so, wie sie jetzt in unseren Genossenschaften schon ist, genügend Sicherheiten gegen irgendwelche Uebergriffe bietet, brauche ich hier nicht zu erwähnen. In der Hauptsache kommt es wohl auf das gegenseitige Vertrauen, die Schulung und geeignete Aufklärung der Mitarbeiter durch die Verwaltung an. Bei Durchsicht der Satzungen unserer westlichen Genossenschaften stelle ich in den meisten Fällen schon fest, daß neben dem Vorstand und Aufsichtsrat auch der Betriebsrat als Verwaltungskörperschaft durch die Satzungen anerkannt ist. Daß in den anderen Betrieben den gesetzlichen Bestimmungen gemäß ein Betriebsrat besteht, sehe ich als selbstverständlich voraus. Wenn diese drei Körperschaften ständig über den Stand und die Entwicklung der Genossenschaft unterrichtet sind, dürfte jede Differenz untereinander vermeidbar sein. Neben periodischen Zusammenkünften des Aufsichtsrates und des Betriebsrates mit dem Vorstand dürften Betriebsversammlungen die geeignete Stelle sein, um aufklärend zu wirken. Wünsche und Beschwerden sollten zwischen dem Betriebsrat und der Verwaltung zunächst besprochen und geklärt werden. Vermieden soll man es, die Arbeitsverhältnisse der Genossenschaft in einer allgemeinen Bauarbeiterversammlung zu besprechen, ehe eine Rücksprache mit den Verwaltungsorganen stattgefunden hat. Unverantwortlich ist es, eine Generalversammlung zum Tumultplatz gegenseitiger Angriffe zu machen. Das schädigt nicht nur das Ansehen der Genossenschaft, sondern wirkt auch ein schlechtes Licht auf unsere Gesamtbewegung. Ob nicht für die Zukunft an den Abschluß eines Haustarifs zwischen dem Bauarbeiterverband und den Produktivgenossenschaften gedacht werden kann, will ich jetzt noch nicht erörtern, nur andeuten. Ich glaube wohl, daß nach ein paar Jahren, wenn die Produktivgenossenschaften auf der ganzen Linie innerlich finanziell genug gefestigt sind, man dann auch an die Einführung eines Haustarifes denken kann, der über den Rahmen des bestehenden allgemeinen Tarifvertrages hinaus, soweit es für die Genossenschaften tragbar ist, besondere Vergünstigungen für die im Betrieb arbeitenden Kollegen festlegt. Voraussetzung ist allerdings, daß beide Teile ihre Zustimmung geben, eventuelle Streitfälle einer besonderen Schlichtungs- oder Schiedsstelle zu unterbreiten. Bei Erwägung des Gedankens, durch einen Haustarif besondere Vergünstigungen zu gewähren, müssen sich unsere Kollegen aber darüber klar sein, daß jeder Leistung eine Gegenleistung gegenübersteht. Alles, was die Genossenschaften gewähren können, muß aus unseren produktiven Leistungen herausgeholt werden, wobei beide Teile an dem erzeugten Mehrwert teilhaben sollen, wie es eine alte Forderung der Gewerkschaftsbewegung ist.

Die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen könnte auch nach anderer Richtung hin noch besser ausgebaut werden. Vor einiger Zeit wurden mir in einer Stadt an der Grenze unseres Vaterlandes über eine Genossenschaft, die in einem ganz anderen Gebiet des Deutschen Reiches liegt, ein paar Schauermärchen erzählt. Es bedurfte nur einiger Worte, um die Dinge richtig zu stellen. Was ich aber damit sagen will, ist folgendes: Der Kollege, der mir dieses unterbreitete, gehört nicht unserem Verbands an. Ich schloß aber ganz richtig, daß in Zusammenkünften von Verbandsangehörigen auch über die Genossenschaften geredet worden war. Sollte es nun unermesslich sein, bei solchen Zusammenkünften über die Genossenschaften zu reden, dann ist der Reichsverband sicher bereit, einen seiner Angestellten als Vertreter zu entsenden, um einmal zu hören, was denn überhaupt los ist; andererseits lassen sich so manche schlechte Auffassungen gerade stellen. Für ebenso selbstverständlich halte ich die Einladung von Verbandsvertretern, wenn auf Tagungen der Genossenschaften Fragen der Arbeiterbewegung besprochen werden sollen.

Rum zu den in dem Artikel angeführten Einzelheiten. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß in sämtlichen mit bekannten Genossenschaften ein Verbandsangehöriger im Aufsichtsrat sitzt. Triff der Aufsichtsrat periodisch alle vier Wochen, wie es zu wünschen ist, zusammen, dann soll er sich vom Vorstand über den Stand

### Unser Verband und die Bauproduktivgenossenschaften

Von Franz Schmitz, Essen

Der in Nr. 30 der „Baugewerkschaft“ von einem Verbandskollegen unter obiger Ueberschrift gebrachte Artikel sollte die Einleitung einer Aussprache sein, um Anregungen für ein gutes Zusammenarbeiten beider Organisationen zu geben. Wer nicht nur Anregungen für ein gutes Zusammenarbeiten, sondern ich glaube, auch um hier und da bestehende Mißverständnisse zu klären. Wenn man etwas zwischen den Zeilen zu lesen versteht, kommt man unwillkürlich zu der Auffassung, daß die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenarbeiten in der einen oder anderen Genossenschaft und Verwaltungsstelle durch Mißverständnisse zwischen den Leitungen beider Organe etwas gestört sind. Vom letzteren Standpunkt aus hätte man glauben sollen, daß die Ausführungen den Luftstakt zu einer Aussprache oder auch wissenschaftlichen Arbeit gebildet hätten. Wunschenswert wäre es gewesen, wenn aus jenen Verwaltungsstellen, wo Genossenschaften bestehen, von diesen oder den Genossenschaften in eine Diskussion eingetreten worden wäre, um so dem Hauptvorstand des Verbandes wie auch der Zeitung der Produktivgenossenschaften Fingerzeige zu geben, wie die beiderseitig als notwendig erkannte Zusammenarbeit am besten gefördert werden kann.

Da nun Letzteres nicht geschehen und von keiner Seite zu den Ausführungen Stellung genommen worden ist, sollte man annehmen, es sei alles in bester Ordnung, bis auf einige Einzelheiten, die in dem Artikel besonders hervorgehoben sind, die denn auch meine Eingangs erwähnte Auffassung zu bestätigen scheinen.

Der erste Teil des Artikels, der mehr von der grundsätzlichen Einstellung der Genossenschaften zum Wirtschaftsleben, speziell zur Bauwirtschaft, und den zu verfolgenden Zielen handelt, müßte von dem zweiten Teil abgetrennt und besonders behandelt werden. Ich glaube, daß dieses sehr wichtig ist, um eine einheitliche Linie zu finden, die vielleicht noch nicht überall gefunden ist. Ist man sich aber über die grundsätzlichen Ziele einig, dann bliebe noch eine ungeheure Aufklärungsarbeit über

die Mittel und Wege zu ihrer Verwirklichung übrig. Aber auch eine außerordentliche Kraftanstrengung physischer und materieller Art wäre notwendig, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Will man aber ein von der Bewegung gestecktes Ziel erreichen, so müssen sich die beteiligten Kreise mindestens im Handeln einig sein. Jeder Zwist muß vermieden werden. Sind mehrere Organisationen, wie in diesem Falle, an einer Bewegung interessiert, so ist geschlossenes Vorgehen und Einigkeit doppelt notwendig. Mißverständnisse und Uneinigkeit müssen naturgemäß lähmend auf die Entwicklung wirken. Da nun diese Voraussetzungen für das gute Gelingen Vorbedingungen sind, ist es wohl richtig, wenn man auch vom genossenschaftlichen Standpunkt die Fragen der Zusammenarbeit bespricht und versucht, eine einheitliche Linie zu finden. Nicht nur in den unteren Organen, sondern von der Spitze angefangen, muß die Zusammenarbeit und das Zusammengehörigkeitsgefühl das Gegebene sein.

Nehmen wir zunächst den Verbandsvorstand sowie die Zeitung des Reichsverbandes deutscher Bauproduktivgenossenschaften und den Verwaltungskörper der Gesellschaft zur Förderung von Bauproduktivgenossenschaften. So wie es wünschenswert erscheint, daß sich der Verband an den Produktivgenossenschaften beteiligt und in dem Verwaltungskörper seine ihm gebührende Vertretung hat, muß es auch umgekehrt sein. Ohne hier zurückliegende Fälle noch einmal auszugraben, muß ich doch sagen, daß der Verbandstag des Bauarbeiterverbandes in Dortmund sich dieser Notwendigkeit entzog.

In den einzelnen Genossenschaften halte ich es aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht für gut, daß sich ein Verbandsangehöriger als ehrenamtliches Vorstandsmitglied wählen läßt. Denn der geschäftsführende Vorstand hat seine Pflichten nach dem Gesetz zu erfüllen. Er vertritt die Genossenschaft gerichtlich und außergerichtlich und haftet solidarisch der Genossenschaft für den Schaden, der durch seine schuldhaft Handlungsweise der Genossenschaft zugefügt wird. Wie leicht kann ein Konflikt zwischen den Arbeitern der Genossenschaft und der Zeitung ausbrechen! In solchem Falle müßte der Verbandsangestellte auf zwei Schultern tragen oder seiner Aufgabe nach einer Seite nicht gerecht werden. Solch einem Genossenschaftsvorstand haftet sehr häufig das Merkmal unsicherer Geschäftsführung auch aus anderen Gründen, die hier

der Genossenschaft Bericht erstatten lassen. Der Aufsichtsrat überwacht nach dem Gesetz die Tätigkeit des Vorstandes. Seine Pflicht ist damit festgelegt. Ist er aber überfordert, so ist mit mathematischer Sicherheit vorzusagen, wann die Arbeit zur Neige geht und die Genossenschaft eingelegt oder gar Entlassungen vorgenommen werden müssen. Abgesehen hiervon sind Arbeitsleistungen aus finanziellen Gründen möglichst, wo zur Notarbeit gezwungen werden muß, will man nicht den ganzen Betrieb gefährden. Ich glaube, daß der Artikelsteller in Nr. 30 einen solchen Fall im Auge hat. Für selbstverständlich halte ich dann, daß man sich in jedem derartigen Falle vorher verständigt. Eine menschenwürdige Behandlung und kein Herr-im-Haus-Standpunkt sind so selbstverständliche Dinge, daß darüber in unserer Bewegung überhaupt keine Debatte entstehen sollte. Von unseren Kollegen müssen wir erwarten und setzen wir auch voraus, daß man sich bemüht, den Lebensnotwendigkeiten der Genossenschaft gerecht zu werden, genau so legen wir eine menschenwürdige Behandlung seitens der leitenden Kollegen voraus. Ich glaube auch kaum, daß in dieser Richtung nennenswerte Differenzen vorgekommen sind. Musterbetriebe sollen unsere Betriebe sein im Umfang mit den Angestellten. Nach einer anderen Seite können sie es aber nicht werden, wenn genügend Mittel vorhanden oder verdient oder durch Anteile aufgebracht sind. So wie die Genossenschaften heute mit eigenem Kapital versehen sind, ist es nicht denkbar, allen Wünschen gerecht zu werden. Wünsche werden aber in ziemlichem Umfang geäußert und auch gewährt. Ich brauche nur daran zu erinnern, ohne Namen zu nennen, daß man in einer Genossenschaft ein Prämiensystem eingeführt hat, wonach der Mehrwert der geleisteten Arbeit auch den Kollegen zugute kommt. Eine Genossenschaft gewährt den Kollegen, je nach ihrer Dienstzeit in der Genossenschaft, bis über zwei Wochen Ferien. Mehr könnte noch getan werden, wenn, wie schon gesagt, das Betriebskapital nicht so äußerst knapp wäre. Der Idealzustand wäre m. E., daß man dem Betriebsrat als Interessenvertretung sagen könnte: „Das sind die Offerten; auf Grund dieser Preise haben wir die Arbeit übernommen, so muß die Leistung sein; wird mehr geleistet, dann soll der Mehrwert nicht nur dem Betrieb, sondern auch euch zugute kommen.“ Dazu gehört aber Vertrauen und Verschwiegenheit und noch mehr Vertrauen und auch eine gewisse Reife aller Beteiligten. Ob namentlich die Letztere in ausreichendem Maße vorhanden ist, mag sich jeder Beteiligte einmal selbst fragen. Jedenfalls: bei allen Leistungen, die man gewähren soll, müssen entsprechende Gegenleistungen vorhanden sein, sollen unsere Genossenschaften nicht im Konkurrenzkampf unterliegen.

Daß beide Bewegungen aufeinander angewiesen sind, braucht nicht mehr besonders erwähnt zu werden. Ich erwähne nur an den 16. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, wo der Geschäftsführer Biffels vom Konsumverein Altenheim in einem Vortrag über die „Schicksalsgemeinschaft der Konsumvereine“ sprach. Auf die Ausführungen, die Biffels in Berlin machte, werden wir in einem späteren Artikel noch zurückkommen, da sie auch auf unsere Bewegung vollinhalt-

lich zutreffen. Es ist meine felsenfeste Überzeugung, daß, wenn wir aus einer ewigen Agitationsmühle eine große wirtschaftliche Organisation machen wollen, die Einfluß im Wirtschaftsleben haben soll, zusammen gehören und zusammenarbeiten müssen. Daß es möglich ist, mit unseren wirtschaftlichen Organisationen Einfluß, einen großen Einfluß, zu gewinnen, ist sonnenklar. Das ist es, worauf es zunächst ankommt. Die Kinderkrankheiten sind auch unserer jungen Genossenschaftsbewegung nicht erspart geblieben. Suchen wir durch kraftvolle und tatkräftige Arbeit unsere Betriebe vorwärts zu bringen; denn darin liegt die Heilung der Kinderkrankheiten.

Da nun die Redaktion der „Baugewerkschaft“ einen kleinen Raum zur Besprechung dieser uns interessierenden Fragen zur Verfügung stellt, sollen in einer der nächsten Nummern die Dinge, die uns am wichtigsten und dringlichsten erscheinen, einer näheren Erörterung unterzogen werden, vor allem die Frage: „Wie bringen wir unsere Sache vorwärts, und was können wir an Hilfe bieten?“ Weiter ist Zweck und Ziel unserer genossenschaftlichen Betätigung schärfer herauszuarbeiten, und hier ergibt sich die Frage: „Was können wir voraussichtlich mit unserer Genossenschaftsbewegung erreichen?“

### Der Preisfandal

#### Wo liegt die Wurzel des Übels?

Die Reichsregierung bemüht sich seit Wochen um einen Preisabbau. Sie hat nicht nur geredet, sondern dahingehende Maßnahmen in die Wege geleitet: Die Kohlenpreise und Frachttarife sind um 10 Prozent herabgesetzt; die Zinsätze erheblich ermäßigt; die Umsatz-, Gesellschafts- und Wertpapiersteuer gesenkt und sonstige steuerliche Erleichterungen angefündigt oder bereits durchgeführt. Und der Erfolg dieser anerkanntenswerten Maßnahmen? Nicht nur ist kein Preisabbau eingetreten, sondern die Preise sind gewaltig gestiegen. Die amtliche Lebenshaltungsindezziffer stieg innerhalb weniger Wochen von 1,15 auf 1,23. Dabei erfaßt der amtliche Lebenshaltungsindezziffer die wirkliche Teuerung nur höchst unvollkommen. Wenn er glauben machen will, daß man heute für 1,23 Mark dieselbe Warenmenge kaufen könne, die man vor dem Kriege für 1,- Mark erhielt, so ist mit Händen zu greifen, daß diese Rechnung nicht stimmt. Die tatsächliche Verteuerung der Lebenshaltung gegenüber der Friedenszeit muß auf mindestens 40 bis 50 Prozent beziffert werden. Deshalb stimmen auch die an anderer Stelle mitgeteilten amtlichen Zahlen über den Reallohn nicht mit der Wirklichkeit überein; sie ergeben ein viel zu geschmeicheltes Bild.

#### Wo liegt die Wurzel des Übels?

Wir wollen einen Richtgewerkschafter darauf die Antwort geben lassen. In der „Germania“ (Nr. 480 v. 4. Nov. 1924) schreibt Dr. Heinrich Steffensmeier: „Der Krieg mit seiner Zwangswirtschaft und die Inflation mit ihrer Vernichtung der Sparvermögen des Mittelstandes und der Arbeiterklasse haben es mit sich gebracht, daß die „balance of powers“ in

der deutschen Volkswirtschaft zuungunsten der breiten Massen der Konsumenten verschoben worden ist. Die Schichtung, die die Produktion (Erzeugung) und die Distribution (Verteilung) — die Landwirtschaft bildet eine Ausnahme — in der Hand haben, sind während des Krieges durch die Zwangswirtschaft und Höchstpreispolitik zu Monopolen, Verbänden, Kartellen, Syndikaten usw. zusammengeschlossen. In dieser Zeit hat die Wirtschaft gelernt, wie angenehm und bequem es ist, die gegenseitige Konkurrenz auszuschalten und sich über die Preise zu verständigen. Mit Aufhebung der Zwangswirtschaft wirkte sich die sogenannte freie Wirtschaft im weitestesten nur gegenüber den Konsumenten aus, nicht aber innerhalb der Wirtschaftsfaktoren. Die staatliche Preiskontrolle, die zugunsten der Konsumenten ausgeübt wurde, ist durch die Preiskontrolle der Verbände zugunsten der Produzenten und Distribuenten abgelöst. Die freie Konkurrenz, die in einer freien Wirtschaft der preisregulierende Faktor ist, wird auf diese Weise von der Wirtschaft selber ausgeschaltet. Eines der Grundübel der gegenseitigen deutschen Wirtschaft ist der Grund zu einem gewissen Grade bestehende Konkurrenzlose Zustand, dessen verteilende Wirkungen noch infolge der Verteilung der breiten Massen, die ohnmächtig dem festgefügteten wirtschaftlich starken Block der Produzenten und Distribuenten gegenüberstehen, größer sind.“

Hier sind einmal die Dinge beim richtigen Namen genannt. Die private Wirtschaft hat solange nach Weigerung der staatlichen Zwangswirtschaft geschrien, bis sie ihre eigene, viel schlimmere, an deren Stelle setzen konnte. Die Kosten trägt die breite Masse der Verbraucher in Form maßlos übersteigerten Preise.

Wir stimmen deshalb Steffensmeier zu, wenn er die Regierung auffordert, auf diese Seite des Problems ihr Hauptaugenmerk zu richten. „Die Monopolstellung der Erzeuger und des Handels muß durchbrochen werden, indem der Gedanke des freien Wettbewerbes in den einzelnen Gliedern der Wirtschaft wieder geweckt wird. Das kann zum Teil durch Gesetzesmaßnahmen geschehen, insbesondere durch Lockerung des Kartellgesetzes und aller sonstigen Bestimmungen, die den freien Wettbewerb hemmen, durch schärfere Überwachung der Preispolitik der Verbände, sodann durch Zulassung der ausländischen Konkurrenz, Aufhebung der noch bestehenden Einfuhrverbote. Bei dem Aufbau des deutschen Zolltarifs und dem Abschluß der Handelsverträge wird auch dieser Punkt ernstlich zu beachten sein.“

Nicht zustimmen aber können wir St., wenn er ungeachtet der Feststellung, daß die Preisabbaumaßnahmen der Regierung sich als ein Fehlschlag erwiesen hat, schreibt: „So sehr mit Rücksicht auf die Teuerung der Auf nach Lohnerhöhung verständlich ist, muß doch im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft und auch der Arbeiterklasse vor übereilten Schritten dringend gewarnt werden. In den letzten Jahren haben wir die Erfahrung gemacht, daß erhöhter Lohn regelmäßig eine neue Preisbewegung hervorruft, so daß meistens bei steigendem Normallohn der Reallohn sank.“ Die Antwort hierauf hat die „Ger-

### Vom Werden des deutschen Staates

XL

Die nächste Epoche deutscher Geschichte ist eine der bewegtesten und folgenschwersten. Auch sie steht wieder unter dem Einfluß der kriegerischsten Nation Europas, ihrer großen Revolution und ihres großen Tyrannen Napoleon. Unbeglücktes Unheil ist über Deutschland herabgeschleudert, aber Segen in gleicher Maße daraus erwachsen: eine Kraft, die das Böse wollte, hat bei uns das Gute geschaffen. Dieses Erlebnis leuchtet noch bis in unsere dunkle Gegenwart als heller Hoffnungsstern. Glücklich ist es, wenn auch im höchsten Grade interessant, sich einmal anzumalen, welches wohl der Lauf der Dinge geworden wäre, wenn Friedrich der Große ein Menschenalter früher gelebt hätte und Napoleon als Gegner gegenübergetreten wäre.

Die große französische Revolution war zum großen Teil die Frucht der politischen-sozialen oder Ludwigs XIV., der an ihm Haubthaus getrieben hatte, zum großen Teile das Ergebnis der damaligen geistigen Verfassung Frankreichs, der sogenannten „Aufklärung“. In der Natur der Dinge lag es, daß die Umwälzung nicht nur das französische Gebiet erschütterte, sondern ganz Europa in ihre Kreise ziehen, besonders aber auf Deutschland wirken mußte. Die ehrgeizige französische Nation wurde vom Propagandawillen getrieben, Deutschland aber hatte mehr als einen Grund, nicht passiv zuzusehen. Einmal hatte eine große Gefahr seiner Nation drüben beträchtlichen Besitz, der sich im höchsten Maße gefährdet war; zweitens rief das heilige Leben des Königsparades nicht nur das allgemeine menschliche Selbstvertrauen wach, sondern konnte aus dem politischen Grund — die französische Königin und der deutsche Kaiser waren Schwäger und Kinder Ludwigs XIV. — deutsche Hilfe beanspruchen; und endlich glaubte man bei uns überall, ohne sonderlich große Mühe mit den kriegerischen Herren der Oesterreich und Preußen gegen die zuchtlosen französischen Parteien Siege zu erringen und so leicht die Gebiete zurückzugewinnen, die unter Ludwig XIV. verloren gegangen waren. Der deutschen Herren gefiel sich noch die Möglichkeit anderer Nationen zu, so daß große Ko-

ein Volks- und Rationalbewußtsein, war noch so gut wie gar nicht vorhanden, höchstens das der engsten Heimat, ein Nationalpatriotismus. Lessing hat „Keinen Begriff, was Vaterlandsliebe sei“, Schiller hat sein „Vaterland verlassen, um es einzutauschen gegen die weite Welt“, Goethe stand bewundernd vor dem „zu großen Mann“ Napoleon. Und das war das „grüne Holz“, was sollte man da vom dünnen erwarten? Auch ohne Napoleon wäre Frankreichs Bestand an Gebiet niemals ernstlich gefährdet gewesen. Dieses unerhörte Genie aber konnte das französische Volk an seinen Siegeswagen spannen und im Triumph durch ganz Europa fahren. So entstanden überall französische Tochterrepubliken: die batarische (niederländische), die römische, die helvetische, die italienische, die parthenopäische Republik, die sich später — nach Napoleons Kaiserkrönung —, um viele vermehrten, in Fürstentümer verwandelten und der Familie Napoleons zum Schemel ihrer Macht dienten.

Deutschland aber feierte damals die traurigsten Triumphe seiner inneren Zerrissenheit und Eigenköpfigkeit. Der Gegensatz Preußen-Oesterreich mit seinen Eifersüchteleien machte ein ernstliches Zusammenarbeiten unmöglich. Preußen opferte 1795 im Baseler Frieden das linke Rheinufer, um einen letzten Wispel bei der Teilung Polens mit Quappen zu können; später, in der Dreikaiserkrönung von Austerlitz schloß es mit seinem aufstrebenden Einfluß, um bald darauf selbst, nun von Oesterreich verlassen, unter den verächtlichsten Streichen Napoleons zusammenzubrechen. Ein einziges Deutschland wäre damals nicht nur für Napoleon ein fürchterlicher Gegner gewesen, sondern hätte sicher auch die schöne Teilung Polens verhindert, um nicht das gigantische, unerlöschliche Rußland zum gefährlichsten Nachbarn zu erhalten. Noch schlimmer aber als die beiden deutschen Großmächte benahmen sich die mittleren. Schon frühzeitig und ohne Not schlossen Baden, Württemberg und Bayern mit Frankreich Sonderabkommen, dessen grablinige Fortsetzung 1806 zum Basler Abschluß des schmachvollen „Rheinbundes“ führte, dem auch Hessen, Sachsen und das damals selbständige Mainz beitraten, indem sie sich förmlich vom Deutschen Reiche losjagten und unter französischem Schutz und zu französischer Verfügung stellten. Daran lagte der deutsche Kaiser am 6. August 1806 die deutsche Kaiserkrone nieder und nannte sich nur noch „Kaiser von Oesterreich“. Des alten deutschen Reiches Glanz und Herrlichkeit war elend geworden, gestorben an innerer Zerrissenheit und Hüllosigkeit.

Inzwischen wühlte schon längst Napoleons gewalttätige Hand im deutschen Gute umher und schaffte, Böses tragend, für die deutsche Einheit Gütes. Im Jahre 1806 kam auf sein Geheiß der Reichsdeputationshauptschlus zustande. Das deutsche Karrenrad in seiner hun-

derfälligen Bunttheit der Zwergstaaten verlor dadurch ein wenig von seinem Charakter. Eine Vielzahl kleiner und kleinster Ländchen im Gesamtumfang etwa Bayerns verschwand von der Landkarte und wurden größeren Staaten angegliedert, vornehmlich Bayern und Preußen. Napoleons Zeitgedanke hierfür hatte zwei Spitzen: Erstens sollte Oesterreich, sein stärkster Gegner, geschwächt werden, das für seine linksrheinischen Abtretungen so gut wie gar nicht entschädigt wurde, und zweitens sollten größere Ländereinheiten geschaffen werden, damit Napoleon sie in Bedarfsfälle leichter und in weiterer Nähe militärisch ausnützen könnte. Diese nächsten Zwecke hat er zwar erreicht, zugleich aber auf weitere Sicht wider seinen Willen der deutschen Einheit vorgearbeitet. Diese Neuordnung der Landkarte wurde nach dem Ende des Reiches noch weiter fortgesetzt und abermals ein Gebiet im Gesamtumfang größer als Sachsen den französischenfreundlichen Staaten, besonders Bayern, zugeteilt. Napoleons Gnade waltete über seinen friedliebenden deutschen Vasallenfürsten, von denen er den Bayern, Sachsen und Württembergern zum König, den Badenern zum Großherzog erhob!

Die deutsche Schmach erreichte ihre größte Tiefe und die napoleonische Sonne ihren höchsten Glanz nach der Niederwerfung und Zerkümmern Preußens 1806 bis 1807. Mit verächtlicher Handbewegung ließ Napoleon alles Land links der Elbe französisch werden, alles polnische Land zu einem neuen polnischen Vasallenstaat zusammenfügen. Schon einmal gab es ein Polen von Frankreichs Gnaden! Europas Throne waren mit Gliedern der bonapartistischen Familie besetzt und diese selbst mit den ältesten und höchsten Fürstengeschlechtern in Verwandtschaft getreten, daß man meinen könnte, ein jahrtausend-altes Geschlecht — nicht aber ein stuppeliger Emporkömmling — hätte endlich nach all den Mühen und Kämpfen sein Ziel erreicht. 1808 hielt Napoleon in Weimar einen Fürstentag ab, der eine Parade der europäischen Herrscher und Trabanten war, die sich um ihren Gebieter scharten.

Vielleicht haben jene Historiker nicht unrecht, die behaupten, Napoleons Endziel sei die Befestigung Englands, des Jahrhundertes alten Rivalen Frankreichs, gewesen. Deswegen habe er den Zug nach Ägypten unternommen, um Englands Lebensnerv in seiner kostbarsten Kolonie zu treffen; deshalb erwog er den Plan, einen Tunnel unter dem Meer nach England hinüberzubauen, da eine ausreichende Flotte ihm fehlte; deshalb wollte er den ganzen Kontinent sich erst dienstbar machen, um mit ihm als Mittel und Waffe den gewaltigen Gegner zu bezwingen; deshalb erließ er von Berlin aus 1806 das Dekret der Kontinentalsperre, um durch den Wirtschaftskrieg — also keine ganz moderne Waffe —,

mania" bereits in einer Reaktionsbemerkung gegeben: „Das muß nicht so sein; eine mäßige Lohnsteigerung kann durch eine Rationalisierung des Produktions- und Distributionsprozesses, sowie durch eine Senkung des Unternehmergewinns ausgeglichen werden.“ Das ist auch unsere Meinung. Daß im übrigen die Arbeiterchaft nichts „überreizt“, dafür sorgen schon die Gegenpieler in diesem Prozesse, nämlich die Unternehmer. Andererseits bewegen sich die derzeitigen Löhne auf einem so niedrigen Stand, daß die Arbeiterchaft das gegenwärtige Mißverhältnis zwischen Preisen und Löhnen auch nicht auf kurze Zeit ertragen kann und jedenfalls nicht ertragen will. Wir stimmen St. vollkommen zu, wenn er seinen Artikel wie folgt schließt:

„Die Regierung hat dem Volke den Preisabbau versprochen. Sie muß ihr Versprechen halten, sonst wird die Wirtschaft in schwere Lohnkämpfe gestürzt werden.“

## Die Wohlfahrtsmarke der christlichen Arbeiterchaft



Seit langem schon ist in den Reihen der christlichen Arbeiterchaft, vor allem des Westens, der Wunsch und Wille lebendig geworden, dem Zentralwohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterchaft und seinen örtlichen Untergliederungen eine regelmäßige Einnahme zu verschaffen. Der Zentralwohlfahrtsausschuß hat es bisher abgelehnt, diesem Wunsche vorzugreifen. Nunmehr haben einige Bezirks- und Ortswohlfahrtsausschuße, allen voran der rege Ortswohlfahrtsausschuß Düsseldorf, beschlossen, eine Wohlfahrtsmarke, die der Eigenart der eigenen Wohlfahrtsorganisation Rechnung trägt, gegen einen regelmäßigen Beitrag an die Mitglieder abzugeben. Dem dringenden Wunsche hat die Zentrale nunmehr stattgegeben und eine Wohlfahrtsmarke entwerfen und herstellen lassen.

Die Marke soll dem eigenen Charakter einer helfenden Liebestätigkeit der Arbeiterchaft Ausdruck geben. Der kräftige, arbeitsfähige junge Arbeiter trägt mit starkem Arm den armen hilfbedürftigen Invaliden. Der handarbeitende Bruder hilft dem nicht mehr arbeitsfähigen. Eine Verkündung des Willens der Arbeiterchaft, der christlichen Arbeiterchaft: Wir wollen aus eigener Kraft mithelfen an jeglicher Liebestat für die darbedürftigen Brüder und Schwestern. Eine Bitte an alle Kräftigen, verdienenden Arbeitsbrüder: Gebt von dem Wenigen, was ihr habt, noch ein Weniges für alle entbehrenden Standesgenossen, die unfähig sind, sich selbst zu helfen, gebt im Geiste der christlichen Bruderliebe, die der geringen Helfertat den unendlichen Wert eines wahren Liebesopfers verleiht. Ein Trost für alle hilfbedürftigen Standesbrüder: Was wir euch geben aus kleinen Mitteln, geben wir euch als Brüder, die Not und Elend an sich selbst, in engerer und weiterer Fa-

England auf die Angie zu zwingen, wenn alle Häfen seinem Handel gesperrt wären.

England ist in diesem Riesenkampf Sieger geblieben durch Blut und Waffen des Kontinentes. Auf den Schneefeldern Rußlands, das sich weigerte, die Kontinental Sperre durchzuführen, begann das Gestirn Napoleons 1812 zu erbleichen. Sein erster verlорener Feldzug war das Zeichen der Erhebung Europas, besonders Deutschlands und in ihm wieder des geschundenen Preußens vornehmlich, gegen den Tyrannen.

Was all die Jahrhunderte nicht fertig gebracht hatten, das gelang dem Hannen der gemeinsamen Franzosennot. Deutschland wurde politisch bis ins Volk hinein wach, und nach anfänglichem Sträuben Oesterreichs fanden sich die beiden deutschen Großmächte zum Kampfe auf Leben und Tod zusammen. Besonders der preussische Staat war in den Jahren des Unglücks ein anderes geworden, war ein gut Stück auf dem Wege zum modernen Volksstaat vorwärts gegangen: die Städte hatten Selbstverwaltung bekommen, die Leibeigenschaft der Bauern war aufgehoben, der Zwang der Zünfte gesprengt worden, Berlin bekam eine große Universität und man trat gar schon dem Gedanken einer Volksvertretung, einer Verfassung, nahe, in engem Zusammenhang mit der Bildung des Volksherees, das gegen den Korsen ausziehen sollte.

Der Entscheidungskampf war furchtbar, und noch einmal erlitt Deutschland das entsetzliche Schauspiel, daß seine Söhne untereinander und gegeneinander kämpften, die Rheinbundfürsten hielten in Verblendung noch zu ihrem französischen Schutz- und Zwingherrn; der Sachjenkönig stob sogar zu ihm, nur um sich nicht den deutschen Heeren anschließen zu müssen. Leipzig, Belle-Alliance und Waterloo entschieden über das Schicksal Napoleons und des Rheinbundes. Der eiserne Korps und Schrecken Europas endete auf der Heinen, den Inseln St. Helena im Großen Ozean, Deutschland war frei!

Frei war Deutschland, aber einig konnte es noch nicht werden. Der alte Zwist Oesterreich-Preußen, der auch noch zwei Drittel des neunzehnten Jahrhunderts beherrschte, tauchte sofort wieder auf, und lange dauerte es, bis die Verschiedenheit der kriegerischen Erinnerung der Rheinlandstaaten — wo man noch heute ab und zu ein Bild Napoleons antrifft — und Preußens vergessen war. Aber abgesehen von der territorialen Vereinheitlichung und der sozialen Erneuerung hatte die französische Zwingherrschaft ein unschätzbares Hauptergebnis: Das Rationalbewußtsein des Volkes ist erwacht, hat alles, was begeisterungsfähig ist, ergriffen, und immer stärker anschwellend beherrscht es das neunzehnte Jahrhundert, bis es endlich eine vorläufige Erfüllung im neuen Deutschen Reiche findet. Georg Nowotna.

## Am 15. Nov. 1924 ist der sechszwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1924 fällig.

miliengeinschaft erfahren. Unser Helfen schließt keine Demütigung ein, sie ist die Hilfe einer verletzenden, einer selbstverwundlichen Bruderliebe. Das der Sinn der Wohlfahrtsmarke der christlichen Arbeiterchaft.

Wie soll sie verkauft werden? Der Möglichkeiten sind viele. Sie kann als regelmäßige Zuschlagsmarke in das Mitgliedsbuch der gewerkschaftlich Organisierten eingetragen werden. So ist es von den meisten Wohlfahrtsausschüssen des Westens beschlossen worden. Eine Tatsache, die u. E. von größter Bedeutung ist. Bisher enthielt das Mitgliedsbuch nur die Marken, die ein Zeichen treuer Zugehörigkeit zur Kampforganisation der christlichen Arbeiterchaft waren, der gewerkschaftlichen Organisation, die sie hinausführen wollte aus dem Dunkel der untersten Schicht. Heute schon steht die Arbeiterchaft vor erreichten Teilzielen. Mer drohende unsoziale Geist der augenblicklichen Gefahrenzeit kann die Arbeiterchaft nicht dauernd wieder in die Dunkelheit von gestern zurückwerfen. Nun soll das Mitgliedsbuch noch andere Marken aufnehmen, neben dem Zeichen des gerechten Kampfes soll das Zeichen der helfenden Liebe seinen Platz finden. Als Zeichen, daß die christliche Arbeiterchaft ihren Kampf nur als Mittel zum Zweck sieht, einem Zweck, der in die Welt verpflichtender Aufgaben gehört. Zu diesen Aufgaben gehört unter vielen anderen auch die Mitarbeit bei helfender Nächstenliebe für alle Hilfsbedürftigen.

Die Wohlfahrtsmarke, die auch als Brieferschluß benutzt werden kann, wird weiter bei allen feierlichen Anlässen, Kartellfestlichkeiten, geselligen Zusammenkünften, Vortragveranstaltungen usw. verkauft werden. Eine gute Gelegenheit des Verkaufs sind die jetzt überall stattfindenden Jubiläumssiern. Stolz und Freude im Hinblick auf 25 siegreiche Kampfesjahre wird die Seele immer hilfs- und gehbereiter stimmen.

Die Wohlfahrtsmarke und ihr Verkauf will nur Symbol, nur Zeichen und Ausdruck sein des Geistes, der in der christlichen Arbeiterchaft wach geworden und wachsend von ihr Besitz ergreift. Neben der Notwendigkeit des Kampfes für uns und unsere Brüder sehen wir die Notwendigkeit des Helfens für alle, die trotz aller erkämpften besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen sich selbst nicht helfen können. Und wir helfen.

## Allgemeine Rundschau

### Der Lohnsteuerabzug muß ermäßigt werden!

Die Reichsregierung trägt sich mit der Absicht einer Erleichterung der Steuerlast. Wie es scheint, ist zuerst an die Herabsetzung gewisser Besitzsteuern gedacht. Soweit es sich um Steuerherabsetzungen handelt, die eine Verbilligung der Produktion bewirken, haben wir nichts dagegen. Aber notwendig und dringlich vor allem erscheint uns eine Ermäßigung des Steuerabzuges vom Lohn. Denn auch die Arbeiterchaft ist heute weit mehr mit Steuern belastet, als vor dem Kriege. Diese Erwägung hat unseren Deutschen Gewerkschaftsbund veranlaßt, sich mit einer energischen Eingabe an das Reichsfinanzministerium zu wenden, dahingehend, anlässlich der bevorstehenden Aenderung gewisser Steuertarife auch eine Neugestaltung der steuerfreien Abzüge im Lohnsteuerverfahren nach der Richtung herbeizuführen, daß

1. der Werbungskostenatz von 50 auf 75 Mark erhöht, und
2. die prozentualen Kinderabzüge derart progressiv gestaltet werden, daß bereits beim Vorhandensein von vier Kindern und bei einem monatlichen Arbeitseinkommen von 150 Mark und darunter Lohnsteuerabzüge nicht mehr vorgenommen zu werden brauchen.

Hoffentlich ist der Eingabe ein voller Erfolg beschieden.

### Nominal- und Reallohnwöchentliche im September 1924

Arbeitsgruppen	Gelernte			Ungelernte		
	Nominal- <sup>1)</sup> wöchentlich	Real- <sup>2)</sup> M	n. G. des Monatslohn- index (1913=100)	Nominal- <sup>1)</sup> wöchentlich	Real- <sup>2)</sup> M	n. G. des Monatslohn- index (1913=100)
Beamten	39,30	88,47	88,0	31,08	26,42	106,4
Bauarbeiter	35,01	32,58	87,2	32,31	27,52	93,4
Handarbeiter	34,57	28,44	82,2	24,42	25,06	110,0
Metallarbeiter	38,47	32,76	85,2	26,50	21,97	95,0
Textilarbeiter, männl.	27,71	23,00	83,1	23,56	19,84	82,1
weibl.	19,90	16,95	85,2	15,56	13,51	86,8
Fabrikarb., Chem. Fab.	35,48	32,51	86,4	25,16	21,95	87,2
Papierarb.	24, —	20,44	85,2	21,09	18,49	103,6
Durchschn.	35,96	30,82	85,7	30,44	25,92	108,5
Reichsdurchschn.	34,08	29,08	85,3	24,52	22,59	92,3
Durchschnitt (ermög.) für verdingete Arbeit	36,93	30,42	82,4	27,52	24,32	97,2
Durchschnitt (ermög.) für tarifm. Arbeiter	34,18	29,07	85,0	24,10	22,23	92,5

<sup>1)</sup> Gewogener Durchschnitt aus den im Berichtsmonat gültigen Tariflohn-  
sätzen für Vollarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe in den Hauptgruppen der  
einzelnen Gewerkschaften. Die sozialen Zulagen sind, soweit sie gezahlt werden,  
für die Gruppen und zwei Kinder mit eingerechnet. — <sup>2)</sup> Durchschnitt aus Gruppen-  
durchschnittlichen Reallohnwöchentlichen für die Lebensunterhaltsgewinnung in der Ver-  
dichtungszeit. — <sup>3)</sup> Eisenbahnarbeiter.

Wird die Verkürzung der Arbeitszeit gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr mitberücksichtigt, so ergibt sich im September im günstigsten Falle, d. h. bei Einstellung der tarifmäßigen zulässigen Arbeitszeitverlängerung, ein

durchschnittlicher Wochenlohn für Gelernte von 35,93 M und für Ungelernte von 27,52 M. Diese Nominallöhne sind nur um 7, bzw. 3 Pf. höher als im Vormonat. Infolge stärkerer Verteuerung der Lebenshaltung ist die Kaufkraft der Wochenlöhne gleichmäßig um 2,5 v. H. auf 30,52 M oder 88,9 v. H. für Gelernte, und auf 23,32 M = 97,2 v. H. des Vorkriegswochenlohnes für Ungelernte gesunken. Stellt man durchweg die 48stündige Wochenarbeitszeit ein, so ermäßigen sich die vorstehenden Sätze auf 29,07 M = 84,6 v. H. für Gelernte und 22,23 M = 92,6 v. H. für Ungelernte.

Bei allen diesen Angaben handelt es sich immer nur um Tariflöhne, nicht um tatsächliche Arbeitsverdienste. Letztere können nur durch besondere Erhebungen festgestellt werden, da sie vorwiegend beim Stücklohn in hohem Grade von der persönlichen Leistung des Arbeiters, andererseits auch von den besonderen Betriebsverhältnissen (technische Ausrüstung, Kurzarbeit usw.) abhängen und individuell verschieden sind. (Aus „Wirtschaft und Statistik.“)

### Der unzulängliche amtliche Lebenshaltungsinde

An den Methoden, nach denen vom Statistischen Reichsamt der Lebenshaltungsinde errechnet wird, übt der in Berlin erscheinende „Tag“ folgende nur allzu berechtigte Kritik:

„In der Berechnung des Statistischen Reichsamts spielen Gaserfloren eine große Rolle. Es wird sich aber heute niemand damit einverstanden erklären, daß ihm als tägliche Kost Gaserfloren vorgesetzt werden. In der Statistik wird Wurst überhaupt nicht berücksichtigt, von den verschiedenen Fleischsorten nur Rindfleisch, statt Kaffee Kaffee-Ersatz. Die statistischen Berechnungen stammen also aus einer Zeit, wo in Deutschland Leute am Hungertypus starben und Hunderttausende von Kindern an Unterernährung schwer in ihrer körperlichen Entwicklung behindert wurden.“

Wenn schon der der Schwerindustrie nahestehende „Tag“ sich zu einer solchen Kritik veranlaßt sieht, so beweist das besser als alles andere, welche zweifelhaften Wert dem amtlichen Lebenshaltungsinde als Gradmesser der Lebenshaltungskosten heute beizumessen ist. Da dieser Index die Grundlage für fast alle Lohnverhandlungen bildet, hat die Arbeiterchaft geradezu ein Lebensinteresse daran, daß für die Berechnung jetzt endlich eine Methode gewählt wird, die die Teuerung, so wie sie ist, erfasst und nicht ein geschmeicheltes Bild ergibt.

## Tariffbewegung

### Bayern

Die durch die Teuerung bedingten Lohnverhandlungen brachten in einem Schiedsspruch eine Lohnherabsetzung von 5 Prozent. Der Lohn beträgt somit ab 30. Okt. 1924

in Ortsklasse	A	Ia	II	III	IV	V
für Facharbeiter	84	79	75	71	63	56
„ Hilfsarbeiter	72	67	64	60	53	46

Die Lohnhöhe soll vorerst bis 31. Dezember 1924 Gültigkeit haben und von da an 14tägig kündbar sein. Auf die arbeitgeberseitige erfolgte Ablehnung wurde untereinstweilen die Verbindlichkeit beantragt und vom Sozialministerium ausgeprochen. Die Lohnsätze haben somit Rechtskraft.

Der trotz unbeschränkter Teuerung, wohl im Hinblick auf Konjunkturstand und Jahreszeit, zutage getretene Arbeitgeberstandpunkt muß allen Orten schärfste Lehre sein, statt Agitations- und Beitragsflaute durch Mitgliederwerbung und Finanzstärkung künftigen Zufällen vorzubauen.

### Bezirk Frankfurt a. M.

Der seit Wochen von der Regierung erstrebte Preisabbau ist in eine erhebliche Verteuerung fast aller Bedarfsartikel umgeschlagen. Während der Zeit, wo man in Berlin nach Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung suchte, handelten die Interessenten, indem sie, um keine Schmälerung ihres Profits eintreten zu lassen, ihre Preise dauernd erhöhten. Daß den Lohn- und Gehaltsempfängern bei dieser Dauererhöhung jährlänglich der Atem ausgehen mußte, störte diese Herrschaften nicht.

Es war daher begreiflich und natürlich, daß die Bauarbeiter versuchten, ihr Einkommen den veränderten Verhältnissen anzupassen. Dafür hatten aber die Arbeitgeber zunächst kein Verständnis. Sie fügten sich auf die bestehende Vereinbarung, die erst am 13. November zum Ablauf kam. Alle Verhandlungen, die mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband zum Zwecke einer Lohnänderung geführt wurden, hatten ein negatives Ergebnis. Schließlich gingen die Mainzer Bauarbeiter dazu über, einige Firmen zu sperren, und wurde dieser Schritt zunächst mit der Ausperrung der Bauarbeiter des genannten Ortes beantwortet. Der Mitteldeutsche gab daraufhin die Parole zur allgemeinen Ausperrung, doch folgte ein größerer Teil der Unternehmer dieser Parole nicht. Es war daher auch nicht sonderlich schwer, die Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen.

Jedoch war bei der ersten Verhandlung, die am 24. Oktober unter dem Vorsitz der beiden Schlichter, Regierungsrat Dr. Bernheim und Dr. Schilling, stattfand, eine Einigung nicht zu erreichen. Da beide Herren am nächsten Tage verhindert waren, wurden die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Magistratsrates Dr. Michel weitergeführt. Der jährlänglich einen Veroleichsvorschlag machte, nach welchem die Söhne der Facharbeiter ab 27. Oktober 81 Pf. und ab 13. November 86 Pf. in der Spitze betragen sollten. Dieser Veroleichsvorschlag wurde von allen Parteien angenommen und damit der Frieden wiederhergestellt.

